

Bundesbüros der Linken Liste/PDS:

Hamburg: Palmaille 24
2000 Hamburg 50
Tel. 040/3892164

Bonn: Rittershausstr. 15
5300 Bonn 1
Tel. 0228/229568

Landesbüros der Linken Liste/PDS:

Linke Liste/PDS Schleswig- Holstein
c/o Magazin-Verlag
Schweffelstr.6
2300 Kiel 1
Tel. vorläufig 0431/563899

Linke Liste/PDS Hamburg
Palmaille 24
2000 Hamburg 50
Tel. 040/ 3892164

Linke Liste/PDS Bremen
c/o Harald Werner
Berliner Str. 34
2800 Bremen 1
Tel. 0421/73111

Linke Liste/PDS Niedersachsen
c/o Gerd Graw
Moselstr. 3
3300 Braunschweig
Tel. 0531/841826

Linke Liste/PDS Nordrhein-Westfalen
Rittershausstr. 15
5300 Bonn 1
Tel. 0228/229568

Linke Liste/PDS Hessen
c/o Manfred Coppik
Brandenburgerstr. 69
6050 Offenbach
Tel. 069/816993

Bundesbüro der PDS:

Informations- und Kontaktbüro
der PDS Bonn
Graurheindorferstr. 102
5300 Bonn 1
Tel. 0228/677877

Linke Liste/PDS Rheinland-Pfalz
Benzinoring 49
6750 Kaiserslautern
Tel. 0631/64307

Linke Liste/PDS Saarland
Beethovestr. 26
6600 Saarbrücken

Linke Liste/PDS Baden-Württemberg
c/o Sofort-Druck-Brenner
Nonnengasse 14
7400 Tübingen
Tel. 07472/3925

Linke Liste/PDS Nordbayern
c/o Libresso-Buchhandlung
Peter-Vischer-Str. 25
8500 Nürnberg 1
Tel. 0911/2250036

Linke Liste/PDS München
c/o Kontaktbüro der PDS
Volkartstr. 10
8000 München 19

WAHLPROGRAMM

DER LINKEN LISTE/PDS

ZUR BUNDESTAGSWAHL 1990

**LINKE
LISTE | PDS**

Präambel

Zum ersten gesamtdeutschen Bundestag kandidieren in der Bundesrepublik die Linke Liste/PDS als ein plurales Bündnis von Einzelpersonen aus unterschiedlichen linken bzw. sozialistischen Parteien, Bewegungen, Initiativen und in der DDR die PDS, an deren offenen Listen sich unabhängige Linke beteiligen. Sie bilden eine Listenverbindung mit einem gemeinsamen Wahlprogramm.

Die Linke Liste/PDS will eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten sein. Sie ist auch kritisch gegenüber sich selbst. Der Widerspruch und der Zweifel gehören zu unserem Selbstverständnis. Unsere Diskussionen und Vorstellungen haben Linke unterschiedlicher Herkunft im Westen mit einer Partei, die neue Wege geht, und unabhängige Linke aus der DDR zusammengebracht.

Nicht wenige von uns haben ihre linke Identität in Gegnerschaft zum „realen Sozialismus“ erworben, viele haben dieses System zu lange toleriert oder gestützt, andere wiederum kommen aus der Friedens-, der feministischen, der Ökologie- und der Gewerkschaftsbewegung oder aus Dritte-Welt-Initiativen.

Gemeinsam stehen wir — in durchaus unterschiedlicher Verantwortung — vor Trümmern einer gescheiterten Politik und stellen uns der Anforderung, unsere eigene Geschichte nicht zu verdrängen, sondern sie aufzuarbeiten.

Diese Bereitschaft gehört zu den Bedingungen der Zusammenarbeit, und deshalb haben wir uns für einen behutsamen Annäherungsprozeß entschieden. Dieser Prozeß schließt ein Politikverständnis ein, in dem verschiedene linke Kulturen innerhalb eines größeren politischen Zusammenhanges produktiv werden.

Durch den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und den Anschluß der DDR an die BRD ist es noch schwieriger, aber auch noch notwendiger geworden, für gesellschaftliche und individuelle Grundrechte wie gleichgestelltes, herrschaftsfreies und sinnvolles Leben und Arbeiten von Frauen und Männern, für Demokratie, Umweltschutz, Frieden, für menschengerechteres Wohnen, für selbstbestimmtes Leben der Menschen mit Behinderungen, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen zu kämpfen.

Das führt — davon sind wir überzeugt — in letzter Konsequenz zu antikapitalistischen Positionen.

Die Linke Liste/PDS wird sich für diese Interessen in der parlamentarischen Arbeit einsetzen. Zugleich werden wir die Ebene des Parlaments auch dafür in Anspruch nehmen, außerparlamentarische Bewegungen und Initiativen wirksam zu unterstützen.

Ohne Opposition innerhalb und außerhalb der Parlamente wird es nicht nur keine lebendige Demokratie geben, sondern es verkümmert auch die geistige Vielfalt. Ohne eine starke Opposition bleiben die Belange vieler Menschen, die den Anschluß der DDR nicht oder nicht so gewollt haben, ungehört. Alle geschichtliche Erfahrung zeigt, daß oppositionelle Bewegungen nur durch den konsequenten und überzeugenden Einsatz für ihre Interessen die Herrschenden zwingen können, diese Forderungen aufzunehmen und zu realisieren.

Darum bedeutet Oppositionspolitik für uns reales Eingreifen in die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse. Ohne Alternativen bleibt jede Politik in eingefahrenen Bahnen. Opposition — das sind Alternativen. Bis heute hat Deutschland, nicht nur die DDR, sondern auch die BRD — natürlich in unterschiedlichem Maße — nicht an einem Zuviel, sondern an einem Zuwenig an Opposition gelitten.

Eine linke Opposition muß den Mut zum unbequemen Nein haben — wo das bequeme Ja zum Schaden wird. Wir wollen das tun. Wir werden uns nicht prinzipienlos gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheiten anpassen.

Die Linke Liste/PDS sucht nach einem anderen Weg, als ihn diejenigen gehen, die im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ vor allem eine Quelle für die Vergrößerung ihrer Absatzmärkte und die Festigung ihrer dominierenden Stellung in der Welt sehen. Für den Zustand der Welt, das Zusammenleben in Europa und die Ansprüche der Menschen in Deutschland ist die herrschende Politik ökologisch unverantwortlich, wirtschaftlich unsozial, gesellschaftlich ungerecht und militärisch abenteuerlich.

Die Linke Liste/PDS arbeitet an Bausteinen für eine Alternative zum bisher gekannten „realen Sozialismus“ im Osten und zu den kapitalistischen Gesellschaften im Westen. Denn beide haben sich auf unterschiedliche Art als unfähig erwiesen, dem bedrohten Zustand der Welt zu begegnen und den Ansprüchen der Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu entsprechen.

Wir wenden uns dagegen, daß mit der berechtigten Anklage der Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des „Sozialismus“ begangen wurden, gleichzeitig alle sozialistischen Ideen und das Nachdenken über eine grundlegende gesellschaftliche Emanzipation für erledigt erklärt werden.

Weil von der DDR nichts bleiben soll, wird versucht zu verhindern, daß etwas anderes entstehen könnte, als eine größere Bundesrepublik.

Die Linke Liste/PDS dagegen will aus lebendigen Erfahrungen der Geschichte lernen und baut darauf, daß die WählerInnen ihre Stimmen nicht nach den Bonner Wünschen verschenken.

Die Linke Liste/PDS will im Parlament und in der Gesellschaft dafür einstehen, daß der Wunsch nach einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Herrschaft, einer Gesellschaft kulturvollen Zusammenlebens, sozialer Gerechtigkeit und individueller Entfaltung, in der nicht auf Kosten anderer gelebt wird, weiter gedacht und öffentlich befördert werden kann.

Die Linke Liste/PDS will dazu beitragen, daß sich im künftigen Deutschland eine größere linke, radikaldemokratische, ökologische und feministische Kraft herausbildet, als deren Teil wir uns verstehen und deren politischen Einfluß wir stärken wollen.

Die Linke Liste/PDS streitet für:

- Demokratie und Entmilitarisierung;
- Soziale Sicherheit und radikalen ökologischen Umbau der Wirtschaft;
- Überwindung des Patriarchats;
- Gleichstellung von Minderheiten;
- kulturellen Reichtum für alle BürgerInnen;
- aktive Auseinandersetzung mit faschistischen und neofaschistischen Tendenzen in der Gesellschaft und
- ein solidarisches Zusammenleben aller Völker.

Wir legen ein Wahlprogramm vor, dessen Diskussion wir nicht als abgeschlossen betrachten. Sie muß weitergehen — über den 2. Dezember 1990 hinaus.

Für umfassende Demokratisierung der Gesellschaft

Die Linke Liste/PDS sieht in einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft die Alternative zum bürokratischen Kommandosystem und zu einem Gesellschaftssystem, in dem ein großer Teil der BürgerInnen von sozialer Sicherheit, persönlicher Würde, der Anerkennung und politischer Teilnahme ausgegrenzt ist. Die Linke Liste/PDS will deshalb eine multikulturelle Demokratie, die allen BürgerInnen, die in diesem Lande leben, gleiche Menschen- und Bürgerrechte garantiert. Diese politische Kultur verlangt die uneingeschränkte Geltung persönlicher wie sozialer Grundrechte als Basis gesellschaftlicher Meinungs- und Entscheidungsbildung und verträgt sich nicht mit Unterdrückung von Meinungen und Informationen, mit politischer Verfolgung und mit der Diskriminierung von Minderheiten. Demokratisierung der Gesellschaft heißt auch Demokratisierung der Wirtschaft. Sie verlangt Kritik und Kontrolle der Öffentlichkeit gegenüber der Machtausübung durch Regierungen, Verwaltungen und Parlamente, das eigene Engagement der BürgerInnen in allen sie betreffenden Angelegenheiten.

Die parlamentarische Demokratie ist ohne die demokratische Selbsttätigkeit der Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen in Gefahr, zur bürokratisch verwalteten Demokratie zu verkommen. Die Linke Liste/PDS setzt sich für eine Stärkung der kommunalen Demokratie und für die Teilnahme von Bürgerbewegungen an den politischen Entscheidungen ein.

Die Demokratiebewegung in der DDR hat nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ eine Fülle von Vorschlägen hervorgebracht, wie ein wirklich neues Gemeinwesen in Deutschland zu begründen ist. Sie sind im Verfassungsentwurf des Runden Tisches niedergelegt. Wir fordern die Beratung und breite öffentliche Diskussion über eine neue Verfassung für Gesamtdeutschland. Der Verfassungsentwurf muß durch Volksentscheid verbindlich zur Abstimmung gestellt werden, wie es in allen westlichen Demokratien üblich ist.

Die neue Verfassung soll vom Geist eines radikal und auch plebiszitär demokratischen, sozial gerechten, feministischen, antifaschistischen und antirassistischen Gesellschaftsverständnisses getragen sein.

Deshalb fordern wir, in der deutschen Verfassung das Recht auf ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, auf qualifizierte und menschenwürdige Arbeit, auf eine geschützte Natur und Umwelt, auf Volksentscheide, Volksbegehren und Volksinitiative, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, das Aussperrungsverbot, das informationelle Selbstbestimmungsrecht, die Pflicht zu Abrüstung und Entmilitarisierung zu ver-

ankern. Die Notstandsgesetze und der Artikel 116 Grundgesetz, der zuläßt, die deutsche Staatsbürgerschaft nach völkischen, also rassistischen Merkmalen zu regeln, sind zu streichen.

In einer demokratischen, zivilen Gesellschaft in Deutschland haben nationale Minderheiten, wie das Volk der Sorben, die Garantie ihrer selbstbestimmten Entwicklung. Verfolgte aus anderen Teilen der Welt sollen offene Grenzen und herzliche Aufnahme finden. Die Linke Liste/PDS verlangt ein zweifelsfreies, unantastbares Asylrecht.

Das Prinzip der Gleichstellung aller BürgerInnen ist durchbrochen, solange die Verfassung nicht auch Schwulen und Lesben gleiche Grundrechte sichert. Wir fordern die Streichung des Paragraphen 175 StGB der BRD und die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Gleichstellung von Lesben und Schwulen bei der Begründung eines Ausbildungs-, Arbeitsrechts- und Mietverhältnisses ist gesetzlich zu verankern. Umfassender Datenschutz muß sichern, daß sogenannte „Rosa Listen“ vernichtet werden.

Eine lebendige Demokratie setzt die Pluralität und Gleichberechtigung der BürgerInnen unabhängig von Geburt, Geschlecht, Glauben, Weltanschauung und Nationalität voraus. Der notwendige Konsens aber verlangt die unbehinderte und gleichberechtigte Tätigkeit und Selbstdarstellung aller BürgerInnen. Staatliche Repression, Bevormundung, Kontrolle und Berufsverbote aber ersetzen den demokratischen Konsens durch Zwang und Gewalt. Die Berufsverbotspraxis, die Tausende Linke in der BRD getroffen hat, bedroht nun vor allem die Mitglieder der PDS. Wir sind entschieden gegen die Beibehaltung, Erweiterung und Neueinführung von Berufsverboten. Auch in den letzten Bundesländern muß der Radikalenerlaß fallen. Alle Betroffenen sind zu entschädigen.

Ein Staat, der Notstandsgesetze, Berufsverbote, angebliche Antiterrorgesetze, Demonstrationsrechtsverschärfungen, Polizeiaufgaben- und Geheimdienstgesetze nötig hat, kann nicht unser Staat sein. Wir sind daher für die Abschaffung aller Geheimdienstorgane und politischen Staatsanwaltschaften, gegen jede Form geheimdienstlicher Aufgaben und Befugnisse der Polizei und für die Abschaffung ihrer paramilitärischen Ausrüstung mit Kampfgasen, Handgranaten, Maschinenpistolen.

Die erweiterte Bundesrepublik Deutschland braucht eine vom Volk kontrollierte Polizei, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger dieses Staates genießt. Nur transparentes Verwaltungshandeln bietet Gewähr für ein demokratisches Miteinander. Auch in der BRD gibt es hierfür Bedarf, weil es vielfach rechtswidriges polizeiliches Handeln in der Bundesrepublik gegeben hat und noch gibt.

Wir fordern:

- das Gesetz über den Umgang mit Stasi-Akten nach dem Anschluß voll zu akzeptieren,
- die Verantwortlichen für die Aufbewahrung und den Umgang mit den Akten aus der DDR noch durch die Volkammer wählen zu lassen und unter parlamentarische Kontrolle zu stellen,
- die Bürgerkomitees in diese Arbeit einzubeziehen,
- Entscheidungsbefugnisse der Betroffenen über die Aufbewahrung oder Vernichtung der Personendossiers und personenbezogenen Vorgangsakten festzuschreiben,
- den Zugriff auf die Akten durch Geheimdienste unbedingt zu verhindern,
- die rechtsstaatliche Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen MfS zu gewährleisten.

Deshalb gehört zu den Selbstverständlichkeiten, daß die Linke Liste/PDS fordert:

- Akteneinsichtsrecht in Anlehnung an den „freedom of information act“, der seit Jahrhunderten in den USA Bürgerrecht ist,
- Verbandsklagerecht, um gerade Umwelt- und Naturschutzverbänden ein wirksames Arbeiten zu ermöglichen,
- eine erheblich verbesserte Ausstattung in sachlicher und personeller Hinsicht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und seine Wahl durch das Parlament mit gleichzeitiger Herausnahme aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministers und Anbindung an den Bundestag analog zum Wehrbeauftragten,
- einen umfassenden Datenschutz, der bereits bei der Erhebung der Daten das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung achtet.

Wir treten für die volle Rehabilitierung aller Opfer des Stalinismus ein und unterstützen ihre Entschädigung.

Wir fordern die Streichung aller Strafvorschriften, die der politischen Verfolgung und der Einschränkung des Demonstrationsrechts dienen, wie des Landfriedensbruchparagraphen, des Vermummungsverbots und der „Antiterrorgesetze“. Im besonderen sei hier der zum Ausforschung-Paragrafen gegen fortschrittliche Gruppen benutzte § 129 a StGB genannt. Wir wenden uns gegen menschenrechtsverletzende Haftbe-

dingungen für politische und andere Gefangene. Die Speicherung politischer, ethnischer, gesundheitlicher oder sexueller Merkmale von BürgerInnen ist sofort zu beenden, alle derartigen Daten sind zu löschen. Die geplanten Gesetze, die die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten legalisieren sollen und damit gegen eine der Voraussetzungen für ein antifaschistisches Staatsverständnis gerichtet sind, müssen verhindert werden.

Entmilitarisierung — möglicher und nötiger denn je

Die Linke Liste/PDS vertritt die Auffassung, daß Demokratisierung und Entmilitarisierung zwei Seiten einer Medaille sind. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Die Chancen, die sich aus der Beendigung des kalten Krieges für umfassende Abrüstung ergeben, werden von den Regierenden nicht gewollt und deshalb auch nicht wahrgenommen.

Die Bundesregierung und die NATO benutzen den Anschluß der DDR an die BRD, um ihr eigenes militärisches Gewicht zu erhöhen. Die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr geht einher mit andauernder materieller Aufrüstung und Ausweitung der NATO bis an die polnische Westgrenze.

Im Bewußtsein, daß Deutschland wieder eine unheimliche normale Großmacht zu werden beginnt, werden deutsche Kriegsschiffe wieder weit über die Weltmeere geschickt und bisherige Hemmungen gegen eine Beteiligung an militärischen Interventionen schrittweise abgebaut. Hinter dem Schlagwort einer „weltweiten Friedensverantwortung“ des vereinigten Deutschlands stecken aber immer noch alte Ziele: die weltweite Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Einflußzonen für das deutsche Kapital, die jetzt — vom Ost-West-Konflikt befreit — angestrebt werden. Die Befürwortung einer neuen deutschen Weltmachtrolle reicht erschreckenderweise bis in die Kreise der SPD und Teile der Grünen hinein, die in den zurückliegenden Jahren aktiv an der Friedensbewegung teilgenommen haben, als es vorrangig gegen die Gefahr ging, daß Europa selbst der Schauplatz eines neuen Krieges werden könnte.

Wir sind gegen ein Großdeutschland in der NATO, für ein europäisches Sicherheitskonzept, das die Sowjetunion einschließt, gegen jeden Versuch, an Stelle der früheren „Bedrohung aus dem Osten“ jetzt eine „Bedrohung aus dem Süden“ als Begründung für neue Feindbilder und Hochrüstung zu konstruieren.

Die Linke Liste/PDS stellt sich dieser unheilvollen machtpolitischen Entwicklung entgegen. Für uns ist Friedenspolitik vor allem mit drei Erfordernissen verbunden:

- der tatsächlichen und ehrlichen Abrüstung der eigenen Streitkräfte und der Entmilitarisierung in allen Bereichen der eigenen Gesellschaft; dazu bedarf es gesamtgesellschaftlicher Strategien und breiter demokratischer Mitwirkung;
- die Ächtung von nationaler Überheblichkeit, Militarismus, Rassismus sowie wirtschaftlichem und politischen Expansionsdrang; Insbesondere gegenüber den Ländern der Zweidrittelwelt muß ein partnerschaftliches Verhältnis entwickelt werden, das bis-

herige Diskriminierung und Ausbeutung beendet und zumindest zum Teil wieder gut macht (u.a. durch einen sofortigen vollständigen Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Welt);

- die wirksame Verbindung radikaler Konversion mit umfassenden Umweltschutzprogrammen — u.a. Einsatz von ehemaligen Soldaten für ein europäisches Umweltschutzprogramm.

Die Linke Liste/PDS fühlt sich als Teil der Friedensbewegung und schließt sich der vielfach erhobenen Forderung nach einer Entmilitarisierung Deutschlands bis zum Jahr 2000 an.

Unser Vorschlag ist, daß das erste gemeinsame Parlament des vereinigten Deutschland einen umfassenden Entrüstungs-Plan beschließt und die erste Stufe dieses Planes unumkehrbar bis zum Ende der Legislaturperiode (1994/95) umsetzt:

- durch Abschaffung von Wehr- und Zivildienstpflicht,
- durch quantitative und qualitative Reduzierung der Streitkräfte auf ein Maß, das dem solidarischen Miteinander der Völker und der entstehenden kooperativen Sicherheit gerecht wird,
- durch gesetzlich geregelte, staatlich geförderte, regional und kommunal verantwortliche Konversion, um Abrüstung sozial verträglich, ökonomisch effektiv und ökologisch sinnvoll zu verwirklichen,
- durch eine den Interessen aller Beteiligten entsprechende Ausgestaltung der Regelungen, die mit der Schaffung des Territorialkommandos Ost zu treffen sind, wobei der besondere militärische Status der fünf ostdeutschen Bundesländer bis zur Auflösung der Militärbündnisse zu berücksichtigen ist und eine Diskriminierung der Soldaten der NVA nicht zugelassen wird,
- durch einen vollständigen Rückzug aller im Ausland stationierten oder zu Manövern, Übungen und Besuchen eingesetzten militärischen Einheiten der Bundeswehr auf das eigene Hoheitsgebiet,
- durch einen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland mitsamt ihrer Waffen und Ausrüstungen,
- durch eine Verschrottung sämtlicher Großwaffensysteme und darüber hinaus den Beginn der Verschrottung aller übrigen Waffen und die Umstellung der gesamten Rüstungsproduktion auf eine zivil nützliche und ökologisch verträgliche Güterproduktion,

- durch ein umfassendes und sofort wirksames Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter und kriegstaugliche Waren,
- durch einen sofortigen Stopp von militärischen Manövern in der Luft, zur See und auf dem Land,
- durch die Festschreibung eines umgehend wirksamen ABC-Waffenverbots für deutsche und ausländische Truppen auf deutschem Territorium und die Festschreibung einer zukünftigen völligen Militärfreiheit in der Verfassung,
- durch Förderung von Friedenskultur, das Verbot von kriegs- und gewaltverherrlichen Filmen, Büchern und anderen Produkten der Massenkommunikation und des Massenkonsums.

Für ein solidarisches, friedliches Zusammenleben der Völker

Das vereinte Deutschland hat die politische und moralische Pflicht, mit seinem Potential einen wirksamen Beitrag zur Errichtung einer gerechten und solidarischen Weltwirtschaftsordnung zu leisten. Diese wahrzunehmen verlangt, die Eigenheiten aller Kulturen und Völker zu akzeptieren, aus denen sich deren Recht auf selbstbestimmte Entwicklung ableitet. Die Linke Liste/PDS unterstützt alle Bewegungen in der Welt, die für Emanzipation, Demokratie, Verwirklichung aller Menschenrechte eintreten.

Die Kehrseite von Reichtum und Wohlstand in den entwickelten Industriestaaten sind Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der Zweidrittelwelt. Als Rohstofflieferanten oder Billiglohnländer sind sie in das weltweite System kapitalistischer Arbeitsteilung eingebunden. Die internationale Arbeitsteilung legt die Entwicklungsländer im wesentlichen auf die Rolle der Rohstoff- und Agrarexporture für die entwickelten Industriemetropolen des Nordens fest. Da, wo es einigen Ländern der Zweidrittelwelt gelungen ist, wettbewerbsfähige Fertigwaren zu produzieren, werden sie verstärkt durch protektionistische Maßnahmen der Industriestaaten im Weltmarkt behindert. Die Abhängigkeit von der Höhe der internationalen Rohstoffpreise und deren drastischer Verfall seit den 70er Jahren hat wesentlich dazu beigetragen, daß Unterernährung, hohe Kindersterblichkeit, Mangel an Trinkwasser, menschenunwürdige Wohnverhältnisse, Analphabetentum, kulturelle Entwurzelung und politische Entrechtung die Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern prägen. Diese Probleme verschärfen sich weiter. Den Nutzen daraus ziehen die Industriegesellschaften, deren wirtschaftliche Expansion und deren hoher Lebensstandard in großem Maße auf den ungleichen Austauschverhältnissen mit den Entwicklungsländern beruhen.

Nirgend woanders hat der Kapitalismus als System so deutlich versagt, wie hier, da selbst die elementarsten Überlebensprobleme nicht gelöst wurden.

Das bundesdeutsche Kapital ist an der Unterentwicklung eines großen Teils der Welt führend beteiligt. Die sogenannte Entwicklungshilfe hat die Verhältnisse in den betreffenden Ländern nicht verbessert, sondern im Gegenteil — als indirekte Subvention bundesdeutscher Konzerne — Abhängigkeit und Ungleichheit noch vertieft.

In den 90er Jahren kann es also nicht mehr darum gehen, Überlegungen, Formen und Methoden der Entwicklungspolitik zu perfektionieren. Ein *neuer* Ansatz ist erforderlich.

Die Linke Liste/PDS hält es für notwendig, ein gesellschaftliches und individuelles

Unrechtsbewußtsein in bezug auf die Ausplünderung der Völker der Zweidrittelwelt herauszubilden. In unserer gegenseitig so abhängigen Welt muß künftige Politik gegenüber diesen Ländern es deren Völkern ermöglichen, durch eigene Anstrengungen und durch Hilfe von außen ihren Entwicklungsrückstand zu verringern.

Die Linke Liste/PDS fordert deshalb:

- Schuldenerlaß für alle Entwicklungsländer,
- Abbau sämtlicher Handelshemmnisse für die Exporte der Entwicklungsländer,
- Stabilisierung der Wirtschaft dieser Länder durch Unterstützung bei der Erarbeitung von wirksamen Entwicklungskonzeptionen, verbunden mit einem internationalen Rohstofffonds zur Preisstützung für langfristig vereinbarte Lieferungen,
- Beendigung des Netto-Ressourcen-Abflusses aus den Ländern der Zweidrittelwelt sowie eine Erhöhung des Ressourcentransfers von den reichen zu den armen Ländern durch einen von den wohlhabenden Staaten finanzierten internationalen Entwicklungsfonds,
- Zugang der Länder der Zweidrittelwelt zu moderner Technologie sowie Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit ihnen zu Vorzugsbedingungen.

Perspektivisch kommt es uns auf eine ökologische und soziale Wirtschaftsentwicklung sowie auf die Schaffung *gleicher* Entfaltungsmöglichkeiten für *alle* Menschen weltweit an. Das erfordert gründliches Nachdenken aller. Wir — die Linke Liste/PDS — suchen die Diskussion mit allen an diesen Fragen interessierten und arbeitenden Menschen, Gruppen und Bewegungen. Es ist höchste Zeit für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung.

Antifaschismus und Antirassismus

Das Eintreten für Demokratie und Völkerverständigung bedeutet für uns eine radikale Ablehnung von Faschismus und Neofaschismus, Rassismus und Nationalismus. Speziell in Deutschland, von dessen Boden schon zweimal in diesem Jahrhundert ein Krieg ausging, und das verantwortlich ist für die schlimmsten Verbrechen an seinen Nachbarvölkern und insbesondere am jüdischen Volk, muß die Abwehr demokratiefeindlicher Tendenzen in Staat und Gesellschaft in besonderer Weise Verpflichtung sein. Dabei darf Antifaschismus sich nicht beschränken auf staatlich oder offiziös verordnete Formen, die irgendwann zum Ritual erstarren. Engagierter Antifaschismus bedeutet vielmehr das aktive Eintreten für die demokratischen Rechte aller Menschen und gegen jeden Versuch, diese Rechte zu beschneiden — seien es Rechte der AusländerInnen, der Schwachen oder von Minderheiten im eigenen Land oder die Sicherheit unserer Nachbarvölker.

Anerkennung und Entschädigung aller Opfer des Faschismus

Unser Eintreten für die gesellschaftlich-moralische Anerkennung und die finanzielle Versorgung aller Opfer des Faschismus ist für uns mehr als nur die Aufrechterhaltung einer Tradition, die es so in der BRD ohnehin nie gegeben hat. Wenn wir uns heute für die Erhaltung, den Ausbau und die Nutzung antifaschistischer Gedenkstätten einsetzen, denn geschieht dies auch, um das Verdrängen der historischen Verantwortung möglichst zu verhindern. Dazu gehört, daß die bis heute „vergessenen“ Opfer des Faschismus, so auch die ZwangsarbeiterInnen, die Roma und Sinti, die Schwulen, SozialistInnen und KommunistInnen ihre Anerkennung und — soweit überhaupt noch möglich — Entschädigung erhalten.

Gegen rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen

Seit Jahren können in der BRD rechtsradikale und neofaschistische Gruppen und Parteien in aller Öffentlichkeit auftreten. Diese Gruppen sind verantwortlich für antisemitische Schmierereien, für Überfälle auf Andersdenkende und insbesondere AusländerInnen. Unter dem Stichwort der Bekämpfung des „Undeutschen“ ziehen sie gegen Punks, Schwule und Lesben, Vertreter selbstorganisierter Lebensformen und alles, was ihren Vorstellungen von „Deutschtum“ und „Anständigkeit“ widerspricht. Sie predigen Chauvinismus und nationalen Größenwahn bis hin zur Wiedererrichtung des Faschismus.

Das Spektrum der Träger dieser demokratiefeindlichen Ideologie und Politik reicht von den offenen Neonazis über die „Republikaner“ bis hin zu Vereinigungen, die unter

dem Mantel sogenannter „Brauchtumpflege“ den Träumen vom Großdeutschland anhängen. Ihre Propaganda fillt aktuell dabei in der DDR auf fruchtbaren Boden. Mit einem Federstrich und ohne jede Diskussion wurde für die DDR das bisherige Betätigungsverbot für diese rechtsradikalen und neofaschistischen Gruppen aufgehoben.

Wir fordern:

- **Auflösung faschistischer Gruppen und Organisationen;**
- **konsequente Strafverfolgung nazistischer Schmierer und Schläger;**
- **Bestrafung antisemitischer und volksverhetzender Propaganda in Wort und Schrift;**
- **wirksame Schritte gegen die Ausbreitung neonazistischer Ideologie und Politik.**

Auch wenn wir die strafrechtliche Verfolgung faschistischer Aktivitäten fordern, sind wir uns darüber im klaren, daß dies allein nicht ausreicht, um Faschismus und Rassismus wirksam zu bekämpfen. Erforderlich ist eine Politik, durch die soziale Zustände, die von Faschisten, Neofaschisten und Rassisten zur Rechtfertigung ihrer Ziele mißbraucht werden — Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. — beseitigt werden.

Wir fordern eine Jugend- und Bildungspolitik, die zur aktiven und selbsttätigen Auseinandersetzung mit faschistischem Gedankengut befähigt. Solange anders ein Schutz vor faschistischen Angriffen nicht möglich ist, müssen AusländerInnen und Linke antifaschistische Selbsthilfe organisieren.

Wir wissen auch, daß Antisemitismus nicht allein eine Erscheinung des Nationalsozialismus war. Eine Aufarbeitung des Antisemitismus in der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung ist notwendig. Wir werden uns dem stellen.

Wir verlangen, daß die im Einigungsvertrag unterlassene uneingeschränkte Einsetzung jüdischer BürgerInnen, Gemeinden und Organisationen in ihre vollen Eigentumsrechte sofort gewährt wird.

Gegen Revanchismus und Deutschtümelei, für die Rechte der AusländerInnen

Auch wenn Bundestag und Volkskammer den Bestand der polnischen Westgrenze anerkannt haben, so bleibt doch der Revanchismus vorhanden. Nicht nur Vertriebenenfunktionäre und Rechtsradikale fordern den Anschluß von Teilen Polens und der Sowjetunion ans „deutsche Vaterland“, sondern auch die Bundesregierung entdeckt ihre Verantwortung für die „deutschstämmigen“ Bewohner Osteuropas neu. Eine Schutzmachtideologie, die schon öfter Begleitmusik der Aggressivität Deutschlands gegen seine Nachbarvölker gewesen ist, feiert Auferstehung. Das Bewußtsein der angeblich erwiesenen Überlegenheit des Kapitalismus, verbunden mit dem „Stolz, ein Deutscher zu sein“, ergibt eine brisante Mischung von Chauvinismus, Nationalismus und Antisemitismus, die unter bestimmten politischen und sozialen Voraussetzungen zu einer realen Bedrohung europäischer Völker werden könnte.

Auch das Grundrecht auf Asyl — im Grundgesetz der BRD verankert — wird durch das Asylverfahrensgesetz immer weiter eingeschränkt, bis hin zu Versuchen, es ganz abzuschaffen. Unter Mißachtung der realen Situation in ihren Heimatländern werden AsylantInnen nicht selten wieder dorthin abgeschoben, woher sie flohen, wo ihnen die Verfolgung droht (Türkei/Kurdistan, Sri Lanka, Libanon etc.). Asylsuchende werden als mutmaßliche Schmarotzer denunziert; so soll das Recht auf Asyl insgesamt überflüssig gemacht werden. Insbesondere die Roma-Flüchtlinge aus Rumänien und Jugoslawien sind aktuell Opfer von Bürgerwehren und Ausländerbehörden; an ihnen wurde für das Gebiet der DDR jene Ausländer- und Asylpolitik mit Schließung der Grenzen gegen „unliebsame Gäste“ durchgedrückt, wie sie für die BRD schon längst üblich ist.

Auch die ArbeitsimmigrantInnen sehen sich ähnlichen Einschränkungen ausgesetzt. Als Arbeitskräfte gerade geduldet, sind sie Freiwild, wenn sie ihr Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, auf Familie, politische Betätigung und Mitbestimmung wahrnehmen wollen. Sie unterliegen einer besonderen Gesetzgebung, haben kein Wahlrecht, werden in gesonderten Polizei-Dateien gespeichert.

Wir fordern:

- **Gleiche Rechte und offene Grenzen für alle!**
- **Wahlrecht auf allen Ebenen auch für hier lebende AusländerInnen!**
- **Keine Sondergesetze für ImmigrantInnen und Flüchtlinge!**
- **Keine Einschränkung des Asylrechts!**

Für ein selbstbestimmtes Frauen-Leben

Die Linke Liste/PDS tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Frau ein. Selbstbestimmungsrecht der Frauen heißt: Frauen entscheiden über ihr Leben, ihren Körper, ihre Arbeit, ihre sozialen Beziehungen und ihre Sexualität. Das ist mehr als bloße Gleichberechtigung oder formale Gleichstellung in einer männerdominierten Gesellschaft. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Die Herrschaft des Mannes ist dann aufgehoben, wenn Interessen, Lebenswelten und Wertesysteme von Frauen gleichzeitig zur Geltung kommen.

Immer noch wird Frauen das Selbstbestimmungsrecht auf allen gesellschaftlichen Ebenen verwehrt. Für Frauen in der DDR hat es jedoch de facto ein Mindestmaß an Gleichberechtigung gegeben. Nun soll das, wogegen Frauen in der BRD seit Jahren gekämpft haben — § 218, fehlendes Verfassungsrecht auf Arbeit, die ungleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, die Festschreibung der Frauenrolle auf Hausarbeit und Familie — auch das Leben der DDR-Frauen bestimmen.

Die Schlüsselrolle in der frauenfeindlichen Politik des deutschen Staates hat schon immer der Paragraph 218 eingenommen. Frauen müssen frei und ohne jeden Druck selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Darum ist die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch allein die Sache der Frauen und muß von ihnen selbstbestimmt getroffen werden.

Die Einführung der Fristenregelung von 1972 hat Frauen in der DDR bisher diese Entscheidung erleichtert. Wir geben uns nicht zufrieden mit einer Übergangslösung, sondern fordern die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch! Wir wenden uns gegen jede Form der Zwangsberatung, wo Frauen moralisch unter Druck gesetzt werden. Dagegen fordern wir die Aufklärung, Angebote zur Hilfe bei Problembewältigung, Verhütung (kostenlose Verhütungsmittel für alle) und medizinisch verträgliche, sozial und psychologisch einwandfreie Bedingungen zur Durchführung des Abbruchs und die Übernahme der Kosten dafür durch die Krankenkassen.

Zum Selbstbestimmungsrecht gehört auch, daß Frauen ihre Erotik und Sexualität ohne Diskriminierung oder Angst leben können. Frauen wollen nicht als Sexualobjekt behandelt und vermarktet werden. Gewalt und Vergewaltigung, auch in der Ehe, müssen strafrechtlich verfolgt werden.

Wir fordern die Garantie des Rechts auf bezahlte Arbeit als eine Grundvoraussetzung einer eigenständigen Existenzsicherung und Unabhängigkeit von Frauen. Nun sind auch in der ehemaligen DDR Frauen am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch hier werden sie wieder an Heim und Herd verwiesen. Deshalb fordern wir Beschäftigungsgarantien, die Frauen den chancengleichen Zugang zu qualifizierter Er-

werbstätigkeit ermöglichen. Gleichstellungs-, Quotierungs- und besondere Frauenschutzregelungen sind in Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen und im Betriebsverfassungsgesetz festzuschreiben. Das setzt eine Neubestimmung des Normalarbeitstages ebenso voraus, wie eine inhaltliche Neubestimmung traditioneller Arbeits- und Leistungsnormen. Dazu gehört auch, daß gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gezahlt wird, was in einer neuen gesamtdeutschen Verfassung zu verankern ist.

Wir treten ein für die Gestaltung neuer sozialer Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Hausarbeit und Kinderbetreuung sind keine Frauensache, emanzipatorisch kann die Entwicklung nur dann sein, wenn Männer und Frauen gleichermaßen die Verantwortung tragen und diese Arbeit teilen.

Das fordert sowohl eine Aufteilung der Familienarbeit auf die Geschlechter als auch die Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen, die sich alle leisten können.

Um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durchzusetzen, bedarf es nicht nur der Gesetze und parlamentarischen Initiativen, sondern vor allem einer breiten öffentlichen Diskussion und Bewegung; Frauen wollen außerparlamentarisch und parlamentarisch aktiv Einfluß nehmen. Voraussetzung hierfür ist eine Auseinandersetzung auch um patriarchalische Strukturen sowie deren Überwindung innerhalb der Linken Liste/PDS und der PDS. Die 50prozentige quotierte Besetzung aller Gremien, quotierte Redelisten sind dabei eine Selbstverständlichkeit. Frauen sind keine sozial schwache Gruppe. Die Mehrheit der Menschen sind Frauen.

Für Arbeit, Demokratisierung der Wirtschaft und ökologische Konversion

Nach den ersten Wochen der Währungsunion ist klar: es geht der Bundesregierung und den Konzernen nicht um die Sanierung und Modernisierung der DDR-Ökonomie. Statt die notwendige Umstrukturierung und Modernisierung sozial zu gestalten, werden große Bereiche der Wirtschaft in den Bankrott getrieben und zu Schleuderpreisen verkauft.

Zu den negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Anschlußpolitik auf dem Gebiet der DDR kommen die ungelösten Probleme und Folgen der großen Wirtschaftskrise von Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik. Der Aufschwung ist an Millionen von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, RentnerInnen und Beschäftigten mit niedrigem Einkommen vorbeigelaufen. Bei kräftig gestiegenen Gewinnen ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen auf das Niveau der 50er Jahre zurückgegangen. Die beständige Modernisierung erhöht den Leistungsdruck auf die Beschäftigten, während zugleich große Teile der Bevölkerung aus dem gesellschaftlichen Erwerbsleben ausgegrenzt werden.

Seit der Währungs- und Wirtschaftsunion läuft die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD und der DDR in entgegengesetzten Richtungen: konjunkturelle Beschleunigung für die BRD, weitere Talfahrt der Wirtschaft für die DDR. Das westdeutsche Kapital ist an der DDR als Markt, kaum als Produktionsstandort interessiert.

Dieser Entwicklung Widerstand und konkrete Alternativen entgegenzusetzen, ist das zentrale Anliegen der Linken Liste/PDS im Parlament und in den sozialen Auseinandersetzungen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und sozialen Initiativen, die in den kommenden Monaten und Jahren verstärkt um die Belange ihrer Basis — gegen „nationale Opferbereitschaft“ — kämpfen müssen. Jede Mark, die für die Erhaltung lebensfähiger Betriebe auf dem Gebiet der DDR eingesetzt wird, bedeutet weniger Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Sozialpläne. Wir treten der Gefahr einer wachsenden Entsolidarisierung der Menschen in Ost- und Westdeutschland entgegen.

Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Planwirtschaft und der Ausweitung der kapitalistischen Marktwirtschaft auf Osteuropa sind derzeit alle Utopien von einer grundlegend demokratisierten, an sozialen und ökologischen Belangen orientierten Wirtschaft in den Hintergrund getreten. Die Linke Liste/PDS bezweifelt nicht die Effektivität des prosperierenden Kapitalismus; sie bestreitet allerdings die Menschlichkeit einer Arbeitsorganisation, die das letzte an Leistung herauspreßt und alle Leistungsgeminderten vom Arbeitsmarkt fegt. Wir sehen den Reichtum in den industri-

ellen Zentren, wissen aber, daß er verbunden ist mit dem Elend ganzer Kontinente und der Zerstörung eines Planeten. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger steht der Verwirklichung einer emanzipatorischen Gesellschaft entgegen.

Die kapitalistische Marktwirtschaft steht für schrankenloses Wirtschaftswachstum und damit weitere ökologische Zerstörung. Auch die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ ist für viele Menschen nicht oder nicht ausreichend sozial; sie trägt den ökologischen Notwendigkeiten nicht angemessene Rechnung. Der nur durch massive Kämpfe der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung erreichte „sozialstaatliche Kompromiß“, den Teile von uns kritisch als Ausgangspunkt unserer Bemühungen sehen, ist ständig in Gefahr, abgebaut statt erweitert zu werden. Die Linke Liste/PDS stellt sich dieser Tendenz entgegen.

Wir verstehen uns als eine antikapitalistische Bewegung mit sozialistischen Zielsetzungen. Nur bei der Veränderung der Eigentumsstrukturen können die Mißstände von Massenarbeitslosigkeit und Armut, von regionaler Verelendung und globaler Umweltzerstörung beseitigt werden. Neben von uns akzeptierten Formen privaten Eigentums ist ein starker Sektor gesellschaftlichen Eigentums — d.h. Eigentum der öffentlichen Hand, der Kommunen, der Genossenschaften und Unternehmen in Belegschaftseigentum — die Bedingung für eine radikale Demokratisierung in den Betrieben und Verwaltungen. An dieser Grundorientierung halten wir fest — gerade weil wir es mit der Abrechnung mit Stalinismus und sogenanntem realen Sozialismus ernst meinen. Denn dort herrschte bekanntlich alles andere als Demokratie in Betrieben und Verwaltungen; dort wurden ökologische Belange regelmäßig und oft mit schlimmeren Folgen als im Kapitalismus ignoriert.

Wir werden als Oppositionspartei auch den weiteren Prozeß der Integration Deutschlands in die EG kritisch begleiten. Unsere Forderungen sind:

- Deutschland darf keine Großmachtrolle zu Lasten der schwächeren EG-Länder spielen;
- die Anpassung der Rechtsvorschriften darf nur auf dem Niveau des jeweils höchsten sozialen und ökologischen Standards erfolgen;
- die Organe der EG müssen demokratisiert werden, unter anderem durch Stärkung des EG-Parlaments zu Lasten der Bürokratie;
- für das DDR-Gebiet müssen Anpassungsfristen und Übergangsregelungen durchgesetzt werden, die eine zweite Welle von Massenarbeitslosigkeit verhindern.

Für eine grundlegende ökologische Wende

Unter dem Zwang katastrophaler Entwicklung von chemischer und atomarer Verseuchung, von Waldsterben und Klimakatastrophe, von Müllnotständen und neuen Epidemien bekennen sich alle politischen Kräfte zu ökologischen Reformen. Wer die Mißstände und Bedrohungen ernst nimmt, muß aber grundlegende Alternativen des Wirtschaftens, der technologischen Entwicklung und des Massenkonsums einfordern. Deshalb zielt unsere Politik auf die ökologische Konversion auf dem Wege von Produktionsumstellungen. Dies ist eine Aufgabe, die Beschäftigte und KonsumentInnen gemeinsam angehen müssen.

Bei Produktionsstillegungen — gleich ob aus ökologischen, friedenspolitischen oder anderen Gründen — fordern wir eine sozial- und strukturpolitisch verträgliche Abwicklung. Hierbei ist Beschäftigungsgesellschaften, die eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbinden, der Vorrang gegenüber bloßen Sozialplänen einzuräumen. Die Stabilisierung der örtlichen Arbeits- und Lebenszusammenhänge muß durch kommunale und regionale Strukturentwicklungspläne sichergestellt werden. Die Betroffenen sind z.B. durch Schaffung öffentlicher Regionalentwicklungsgesellschaften in angemessener Weise zu beteiligen. Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die verhindert, daß die Schließung von Betrieben auf dem Rücken der in der Region lebenden und arbeitenden Menschen ausgetragen wird. Wir wollen die Ökologisierung der Arbeit und der Umwelt, eine bessere Versorgung mit notwendigen Konsumgütern und einen sparsamen Umgang durch Wiederverwendung oder kollektive Nutzung. Öffentliche Verkehrssysteme, die Nutzung von Wind, Sonne und Wasser zur Energieerzeugung oder die Verwendung natürlicher Baustoffe und Verpackungsmaterialien sind Beispiele dafür.

Diese Wende hängt vom Engagement der Menschen, ArbeitnehmerInnen wie VerbraucherInnen für ihre ökologischen Interessen ab. Erfolge können erreicht werden, wenn Aktionen von Umweltgruppen und Massenproteste gegen eine zerstörerische Industriepolitik staatliche Reformen erzwingen. Wir werden mit entsprechenden Initiativen und Gruppen vor Ort zusammenarbeiten und uns insbesondere für die Kooperation von betrieblich-gewerkschaftlichen Arbeitskreisen mit entsprechenden Bürgerinitiativen einsetzen.

Wir treten ein für:

- entschlossene Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung und die sich abzeichnende Klimakatastrophe,
- das sofortige Verbot der Herstellung von FCKW,

- die drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes,
 - eine ökologische Wende in der Verkehrspolitik, insbesondere für den Ausbau des öffentlichen und preisgünstigen Personennah- und Fernverkehrssystems sowie die stärkere Verlegung von Gütertransporten von der Straße auf das Schienennetz.
- Dieses Konzept schließt die Verkehrsberuhigung in städtischen Ballungsräumen ebenso ein, wie die Anlage bzw. den Ausbau von Radwegnetzen in den Städten;
- den Übergang zu einer ökologisch verträglich und wissenschaftlich begründeten Landnutzung und Stadtentwicklung. Durchsetzung des Nationalparkprogramms und Ausbau der Landschaftsschutzgebiete;
 - die schrittweise Sanierung der Gewässer sowie den Ausbau des Gewässerschutzes;
 - Erstellung eines neuen Energiekonzeptes nach folgenden Prinzipien:
- * Entwicklung umfassender Energiesparkkonzepte, vor allem für den produktiven Bereich, Erarbeitung und Anwendung von Energiespartechniken (z.B. effektive Wärmedämmung als gesetzliche Pflicht, Realisierung von Energiespartechniken bei Kühlung und Beleuchtung, Abwärmewiederverwendung, Kraft-Wärme-Kopplung in Kraftwerken),
 - * Entflechtung der großen Energiekonzerne und verstärkter Übergang zu dezentraler kommunaler Energieversorgung.
 - * Der Ausstieg aus der Atomtechnologie ist angesichts der unbeherrschbaren Risiken und des nicht gelösten Problems der Endlagerung unverzichtbar. Über die Zeit- und Schrittfolge des Ausstiegs aus der Atomenergie existiert innerhalb der Linken Liste/PDS ein Dissens zwischen Befürwortern eines schrittweisen sozial abgedeckten Ausstiegs und denjenigen, die auf Grund der unvermeidbaren Risiken einen sofortigen Ausstieg verlangen.
 - * Teilweise Substitution der Braunkohle als Energieträger,
 - * Verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen.
 - * Intensive Erforschung alternativer Energiequellen unter Nutzung internationaler Wissenschaftskooperation.
- den Stopp von Müllexporten und Mülltourismus, Ausbau eines umfassenden Netzes der Sekundärrohstofffassung, Senkung der Müllverbrennung auf ein Minimum;

- **Beschränkung der Verpackung auf das funktionelle Minimum;**
- **Maßnahmen zum Lärmschutz, z.B. das sofortige Verbot aller Tiefflugübungen, Installation von Lärmschutzanlagen an stark befahrenen Verkehrsstraßen;**
- **die Verankerung des Umweltschutzes als Verfassungsauftrag in einer neuen deutschen Verfassung.**

Viele der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen gehen nicht über Ansätze der Umweltreparatur hinaus. Für eine grundlegende Wende auf ökologischem Gebiet ist eine grundlegende Wende in der Gesellschaft unabdingbar.

Die Linke Liste/PDS fordert für die Länder und Kommunen der ehemaligen DDR:

- **ein auf die Bedürfnisse der DDR-Länder und Kommunen zugeschnittenes zukunftsorientiertes Strukturprogramm.**

Damit sollen die Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, funktionsfähige und leistungsstarke öffentliche Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe aufzubauen, die Infrastruktur zu verbessern und den öffentlichen Wohnungsbau zu fördern. Damit würden Arbeitsplätze gesichert und die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Belebung geschaffen. Entscheidend dafür, daß die DDR-Gebietskörperschaften überhaupt die Chance auf eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung erhalten, ist, daß öffentliche Unternehmen, insbesondere in der Energieversorgung und im Wohnungsbau, in den Besitz der Kommunen bzw. Genossenschaften gelangen.

Über Finanzhilfen soll den Kommunen und Regionen ermöglicht werden, örtliche Betriebe zu fördern, Produktionsstandorte zu erhalten bzw. ihnen Produktionsumstellungen zu erleichtern. Bauaufträge für öffentliche Investitionen im Energie-, Verkehrs- und Bausektor liefern dazu wichtige Impulse.

Ein solches Rekonstruktionsprogramm müßte, um einen effektiven Neuanfang zu ermöglichen, ein jährliches Volumen von ca. 50 bis 60 Milliarden DM haben und für mindestens 8 Jahre konzipiert sein.

Voraussetzung einer Struktur- und Rekonstruktionspolitik ist die Streichung von Alt-schulden für die Betriebe und eine wirksame Beteiligung der Kommunen und Länder am Volksvermögen.

- **Eine aktive Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zum Abbau und zur Verhinderung der Massenarbeitslosigkeit schließt die Förderung von Beschäftigungsgesellschaften auf regionaler, kommunaler und betrieblicher Ebene ein, in denen die**

Umstellung auf veränderte Beschäftigungs- und Qualifikationsanforderungen sinnvoll mit regionalen Rekonstruktionsprojekten verbunden ist.

Rechtmäßig erworbene Eigentums- und Nutzungsrechte der Bürgerinnen der DDR an Grundstücken, an Wohn- und Freizeitgebäuden müssen im einheitlichen Deutschland garantiert werden.

Maßnahmen zur Bewahrung, Modernisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft

Die Ergebnisse der Bodenreform sind endgültig. Sie müssen in einer künftigen gesamtdeutschen Verfassung verankert werden. Nachdem im Einigungsvertrag die Fest-schreibung der Ergebnisse der Bodenreform im Artikel 143 des Grundgesetzes vor-gesehen ist, tritt die Linke Liste/PDS aus aktuellem Anlaß dafür ein, daß unverzüglich auch die erforderlichen rechtlichen Sicherungen geschaffen werden, damit dieser Ver-fassungsgrundsatz weder direkt noch indirekt unterlaufen werden kann.

Wir sind für eine vielfältig strukturierte und rationelle Landwirtschaft, in der allen Betriebsformen von den juristisch-ökonomischen Rahmenbedingungen her tatsächliche Chancengleichheit geboten wird. Die BäuerInnen sollen in eigener Verantwortung über ihr Eigentum und die Form des Wirtschaftens entscheiden können.

Unsere besondere politische Unterstützung hat die von der überwiegenden Mehrzahl der BäuerInnen angestrebte Umwandlung der LPG in Produktionsgenossenschaften und auch die Bildung von Gruppenbetrieben nach französischem Vorbild als einer für Deutschland neuen Form bäuerlichen kooperativen Wirtschaftens. Beide Formen ent-sprechen im besonderen Maße dem Gedanken der Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz mit solidarischer Selbsthilfe und demokratischer Selbstverwaltung. Sie er-möglichen die Sicherung und den Ausbau sozialer Errungenschaften.

Wir treten dafür ein, daß die Bundesregierung den von den BäuerInnen gewollten Über-gang zu leistungs- und wettbewerbsfähigen Strukturen umfassend unterstützt, insbe-sondere mittels staatlicher finanzieller Anpassungshilfen und Bundesbürgschaften für Bankkredite.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen eine Politik der bloßen Vernichtung bäu-erlicher Existenzen. Notwendig sind Arbeitsbeschaffungsprogramme und deren zü-gige Umsetzung für aus der Land- und Forstwirtschaft Ausscheidende, bei besonderer Berücksichtigung der Probleme der Landjugend und Landfrauen.

Im einzelnen fordern wir:

- Wirksame Übergangsregelungen für die Landwirtschaft der bisherigen DDR zur Herausbildung eines funktionsfähigen Agrar- und Nahrungsgütermarktes für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren, darin eingeschlossen ein Sanierungsprogramm für die Ernährungswirtschaft (Be- und Verarbeitungsindustrie);
- Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Rohprodukte, insbesondere durch die weitere langfristige Erschließung der osteuropäischen Märkte;
- einen EG- bzw. bundesfinanzierten Sonderfonds zur raschen Überwindung der Produktivitäts-, Effektivitäts- und Qualitätsrückstände sowie für die Erschließung neuer Erwerbsquellen im ländlichen Raum;
- Streichung von Schulden für die landwirtschaftlichen Betriebe sowie mehrjährige Aussetzung von Tilgungs- und Zinsleistungen;
- Schritte sinnvoller Verbindung von Flächenstillegung und Kapazitätsabbau mit der Förderung ökologischer Produktionsmethoden, der Sanierung von Böden und Gewässern sowie des Gewässerschutzes;
- Sicherung einer im Vergleich zu anderen Bevölkerungsschichten gleichwertigen Entwicklung der Lebens- und Einkommensverhältnisse der BäuerInnen;
- Regionale Förderungsprogramme zur Entwicklung von Gewerbe, Industrie und Infrastruktur der ländlichen Gebiete.

In Gesamtdeutschland setzt sich die Linke Liste/PDS für eine agrarpolitische Reform ein, die den deutschen BäuerInnen wirtschaftliche Sicherheit bietet und die Einkommen der Erwerbstitigen der Landwirtschaft schrittweise an die der übrigen Bevölkerung heranführt. Es ist nicht zu akzeptieren, daß keine Landwirtschaft in der EG einen so starken Einkommensrückgang zu verzeichnen hat wie die der reichen Bundesrepublik. Unsere Unterstützung hat die Aufnahme neuer Produktionen und Dienstleistungen, die über den herkömmlichen Begriff Landwirtschaft hinausgehen. Insbesondere setzen wir uns für die staatliche Förderung der Produktion nachwachsender Rohstoffe sowie für die Erweiterung der landeskulturell ökologischen Leistungen durch die Landwirte und deren Entgeltung durch die Gesellschaft insgesamt ein.

Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und im entstehenden Gesamtdeutschland

Die Bekämpfung der Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit und der vielfältigen Formen neuer und alter Armut durch kommunal und regional angelegte Strukturprogramme. In den Bereichen Stadtsanierung, öffentlicher Wohnungsbau, soziale Dienstleistungen, Nahverkehr, Energieverbrauch und ökologischer Produktions-, Emissions- und Abfallpolitik ist durch die neokonservative Sparpolitik ein großer Handlungsbedarf entstanden. Der Rückgang der öffentlichen Investitionen kann nur durch ein mehrjähriges Programm zur Stärkung regionaler Finanzkraft in Verbindung mit einer Neuverteilung des Steueraufkommens zugunsten der Länder und Kommunen kompensiert werden.

Im Rahmen der strukturpolitischen Aktivitäten zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Wirtschaft muß die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, verbunden mit Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung, ein Schwerpunkt sein.

Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich und gleichzeitiger Kontrolle über die Leistungsverdichtung sind wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.

Wir fordern:

- ein öffentlich finanziertes Beschäftigungsprogramm für das Gebiet der DDR und der BRD zur Verbesserung der Infrastruktur. Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik der Länder der DDR müssen auf die Verhinderung und den Abbau von Massenarbeitslosigkeit gerichtet sein;
- die zügige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, Abbau von Überstunden, Erhalt des freien Wochenendes;
- Verbot von Leiharbeit und kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit;
- Durchsetzung begründeter und perspektivisch angelegter Umschulungsprogramme. Umschulung muß sinnvolle Arbeit sichern, nicht neue Arbeitslosigkeit verschleiern;
- Stärkung der Arbeitsfähigkeit, Ausgestaltung der Kompetenz und Verantwortung der Arbeitsämter, Demokratisierung der Arbeitsverwaltungen. Wir brauchen kom-

petente Institutionen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht nur für die Verwaltung von Arbeitslosigkeit;

- die Sicherung eines Erst-Ausbildungs- oder Studienplatzes für jeden Jugendlichen, mindestens 3jährige Beschäftigungsgarantie nach Abschluß der Ausbildung. Ausbildung für ein sinnvolles Arbeitsleben, nicht von Fürsorgeempfängern;
- reale Gleichstellung von ausländischen und deutschen ArbeiterInnen für alle Fragen des Arbeitsrechts und der Arbeitsförderung;
- Unternehmen und Betriebe werden zur Schaffung von Behindertenarbeitsplätzen (6-Prozent-Quote) verpflichtet. Die Möglichkeit zum Freikauf von dieser Verpflichtung durch eine Abgabe für Nichtbeschäftigung von Menschen mit Behinderungen lehnen wir ab;
- den Vorrang der Beschäftigung vor Sozialregelungen. Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften, die eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbinden;
- Beibehaltung der Vorruhestandsregelungen der DDR für ganz Deutschland, mit denen ein selbstbestimmter gleitender Übergang in den Ruhestand gewährleistet wird. Die bisher in der DDR geltende Altersgrenze für Frauen von 55 Jahren ist beizubehalten und auf ganz Deutschland auszudehnen.

Demokratisierung und Wirtschaft

Die Linke Liste/PDS tritt für die schnelle Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung in allen Ländern Gesamtdeutschlands ein. Alle Versuche, in den DDR-Ländern dauerhaft niedrige soziale Standards festzuschreiben oder sie als Billiglohngebiete zu mißbrauchen, müssen bekämpft werden. Ebenso müssen die unstrittigen sozialen Errungenschaften der bisherigen DDR, wie z.B. das Recht auf Ausbildung und Arbeit oder die Versorgung mit Kindergartenplätzen, wesentliche Orientierungspunkte zukünftiger Sozialpolitik in Deutschland bleiben.

Wir wissen, daß die Bonner Regierungsparteien nach der Wahl daran gehen werden, die sprunghaft gestiegenen Arbeitslosenzahlen und Haushaltsdefizite dazu zu nutzen, den Kurs der Privatisierung, der Absenkung von Sozialleistungen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse verschärft fortzusetzen. Darauf darf nicht nur defensiv reagiert werden, sondern es müssen umso mehr jene Forderungen in den Mittelpunkt gerückt werden, die von seiten der Betroffenen zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und Demokratisierung des Tarifvertragsrechtes gefordert werden.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die bedrückenden Seiten der kapitalistischen Produktionsweise erst durch umfassende gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung der ökonomischen Prozesse, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Einschränkung wirtschaftlicher Macht, Beseitigung des gegenwärtigen Mißverhältnisses in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Bekämpfung von ökologischen Krisen und Fehlentwicklungen, wirksame Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit und regionale Strukturkrisen, die Gestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wirksam bekämpft werden können.

Wir fordern die Aufnahme des Rechts auf Arbeit und Arbeitsförderung in eine deutsche Verfassung. Dafür wird sich die Linke Liste/PDS im Parlament und mit außerparlamentarischen Mitteln einsetzen.

Wir treten ein für starke Gewerkschaften in einem handlungsfähigen Gewerkschaftsdachverband, nach dem Prinzip: ein Betrieb — eine Gewerkschaft. Ausgrenzungen linker KollegInnen schwächen die Gewerkschaften. Zugleich werden wir nicht kampflös auf die demokratischen Errungenschaften vom Herbst 1989 verzichten.

Wir treten für die Bildung demokratischer Wirtschafts- und Sozialräte auf Betriebs- und Länderebene mit Initiativrecht und Genehmigungs-kompetenz gegenüber Unternehmensentscheidungen ein.

Die Linke Liste/PDS fordert:

- Erweiterung der Rechte der Betriebs- und Personalräte, d.h. Veto- und Initiativrechte in allen wirtschaftlichen, ökologischen, personellen und sozialen Angelegenheiten wie Kapitalaufstockung, Verwendung von Profiten, Investitionspläne und Stilllegungen, Rationalisierungen und neue Technologien, Kontrolle über Leistungsverdichtung. Der Schutz vor Gefahrstoffen in der Produktion muß von den VertreterInnen der Belegschaften kontrolliert und durchgesetzt werden können.
- Erweiterung der Rechte der Jugendvertretungen,
- die Einbeziehung von VerbraucherInnen, AnwohnerInnen, Umweltschutzverbänden in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse,
- die das Streikrecht der Gewerkschaften behindernde und verletzend Novellierung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ist rückgängig zu machen,
- die Betriebsräte dürfen nicht auf eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit der Kapitaleseite verpflichtet bleiben, volles Arbeitskampfrecht für Betriebsräte,
- uneingeschränkter Zugang der Gewerkschaften zu den Betrieben und Arbeitsplätzen, eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft,
- Bücher- und Akteneinsichtsrecht für die Belegschaften und ihre Vertretungsrechte, beispielsweise bei unökologischen Produktionsverfahren oder Rüstungsproduktion,
- Änderung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel der Einführung individueller und gruppenbezogener Freistellungsansprüche und Verfügungszeiten für Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Für die DDR fordert die Linke Liste/PDS das Recht der Gewerkschaften auf demokratische Vertretung im Vorstand und Verwaltungsrat der Treuhandaanstalt.

Gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Berufsleben

Die Linke Liste/PDS fordert:

- gleichen Zugang von Frauen und Männern zu allen Feldern der beruflichen Ausbildung, zu allen Berufen, zu allen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (Quotierung);
- die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, Anerkennung der Hausarbeit und Kindererziehung als gesellschaftliche Arbeit;
- Abschaffung ungeschützter Arbeitsrechtsverhältnisse, tarifliche und betriebsverfassungsgesetzliche Sicherung aller Beschäftigungsverhältnisse;
- kostengünstige öffentliche Einrichtungen der Kinderbetreuung in ausreichender Zahl. Eltern soll der Rechtsanspruch auf einen Platz für ihre Kinder in einer Kindereinrichtung gewährt werden;
- bezahlte Freistellung von Frau oder Mann bei Krankheit der Kinder, wobei wir uns für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen in der DDR und deren Ausweitung auf alle Bundesländer einsetzen;
- besonderer Kündigungsschutz für Mütter und Väter von Klein- und Schulkindern sowie für Alleinerziehende;
- Hausarbeitstag für Männer und Frauen.

Integration älterer Bürger in die Gesellschaft

Die umfassende soziale Integration älterer BürgerInnen in die Gesellschaft ist Grundzug einer Solidargemeinschaft. Erforderlich ist ein neues Rentengesetz für das gesamte Deutschland, in dem für die Rentenbemessung die Lebensarbeitszeit, das persönliche Einkommen und das allgemeine Einkommensniveau berücksichtigt werden.

Wir fordern für das vereinigte Deutschland:

- Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, d.h. gleiche Bedingungen für die Altersvorsorge von Arbeitern, Angestellten und Beamten;
- das Prinzip der Mindestrente für Alters- und InvalidenrentnerInnen;
- ein reguläres Rentenalter von 60 Jahren für Frauen und Männer, für Erwerbstätige mit erschwerten, belastenden Arbeitsbedingungen und Schwerbeschädigte ab 55. Lebensjahr;
- eine Rentenanpassung, die sich an der Entwicklung der Bruttolöhne orientiert;
- die Abschaffung von nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen;
- Einführung eines Wertschöpfungsbeitrages als Instrument zur Finanzierung der Rentenversicherung;
- Anhebung des Bundeszuschusses auf mindestens 25 Prozent (für DDR-Länder notfalls ein Defizitausgleich).

Wir lehnen das sogenannte Rentenreformgesetz '92 ab, weil es diesen Anforderungen nicht entspricht.

Für ältere BürgerInnen fordern wir:

- Bedingungen für individuelles, altersgerechtes Wohnen zu erschwinglichen Mieten und menschenwürdige Pflegeheime;
- ein breites, den Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechendes Netz gesundheitlicher und sozialer Betreuung,
- erweiterte Möglichkeiten kostengünstiger und interessengerechter Angebote für Kultur, Bildung, Sport und Reisen.

Wir unterstützen die gemeinnützige Tätigkeit der Volkssolidarität in den Ländern der DDR und treten für deren finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln ein. Insgesamt müssen bessere Möglichkeiten für die Teilnahme älterer BürgerInnen am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden, damit sie das breite Spektrum ihrer Interessen für einen sinnvollen Lebensinhalt selbst wirkungsvoll artikulieren und die Verwirklichung einfordern können.

Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Die Linke Liste/PDS fordert:

- schrittweise Anhebung der in der DDR gezahlten Löhne, Gehälter, Renten, Stipendien und anderer Leistungen auf das Niveau der BRD;
- soziale Mindestsicherung für alle Bürger.

Das betrifft insbesondere:

- * angemessene Ausbildungsbeihilfen für alle Lernenden, insbesondere Stipendien;
- * Unterstützung für alle Fälle und die gesamte Zeit von Arbeitslosigkeit;
- * Mindestrenten für Alters- und Invalidenrentner, einschließlich Menschen mit Behinderungen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, ab dem 18. Lebensjahr.

Damit muß im vereinigten Deutschland das existenzsichernde Einkommen aller Erwerbstätigen durch gesetzliche Regelungen ergänzt werden, die auch allen Nichterwerbstätigen eine würdevolle Existenz sichert.

Die Sozialhilfepraxis ist für uns nicht akzeptabel. Wir fordern für den Bereich der DDR beispielsweise eine sofortige Anhebung der Mindestrente auf 800,- DM. Im Zuge der absehbaren Preisveränderungen für Miete etc., muß diese soziale Mindestsicherung dynamisiert werden. Für die Bundesrepublik und später für ganz Deutschland fordern wir eine zu dynamisierende Mindestsicherung von 1200,- DM.

Die Einkommen müssen familienunabhängig und ohne entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung gewährt werden.

Für ein menschenwürdiges Wohnen

Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen gehört für die Linke Liste/PDS zu den Grundforderungen, die Eingang in eine neue gesamtdeutsche Verfassung finden müssen. Dieses Recht kann nicht durch das Spiel der Marktkräfte verwirklicht werden. Der eklatante Wohnungsmangel hat unzumutbare Verhältnisse geschaffen und in der Bundesrepublik zu einer kaum tragbaren Mietbelastung für große Teile der Bevölkerung geführt. Die geplante Freigabe der Mieten in den Ländern der DDR würde diesen Notstand dramatisch verschärfen.

Wir fordern:

- Mietpreisstop für die Ballungsgebiete der BRD und gesetzliche Regelungen zur Kontrolle der Mietpreisentwicklung in den Ländern der DDR. Mieten dürfen nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden;
- Mietwucher und Grundstücksspekulation sind durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu bekämpfen. Das Entstehen bzw. Anwachsen von Obdachlosigkeit muß verhindert werden;
- die Schulden der bisherigen Gebäudewirtschaftsbetriebe, der Wohnungsgenossenschaften und der privaten Hausbesitzer der DDR gegenüber der öffentlichen Hand müssen gestrichen und nicht — wie im Einigungsvertrag vorgesehen — den Kommunen angelastet werden;
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand. Statt Deregulierung des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus in der BRD fordern wir ein Zehnjahresprogramm zur Förderung des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaus in beiden Teilen Deutschlands;
- genossenschaftliche, kooperative und individuelle Initiativen der MieterInnen sind zu fördern. Formen wirksamer Mitbestimmung der MieterInnen und ihrer Interessenvertretungen müssen entwickelt und unterstützt werden.

Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz

Die Linke Liste/PDS tritt für gemeinschaftliches und eigenverantwortliches Handeln für die Gesundheit, für stärkere Vorbeugung, mehr Solidarität, demokratische Selbstbestimmung der Versicherten und ein auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtetes Gesundheitswesen ein, in dessen Mittelpunkt die Verhütung von Krankheiten und nicht deren Vermarktung steht.

Wir fordern:

- durch Bund und Länder garantierte komplexe Gesundheitsförderungsprogramme für umweltbelastete Städte, Kommunen und Regionen,
- gleiche Rechte und Pflichten für alle Versicherten. Wir treten gegen die Ausweitung der in der BRD üblichen Selbstbeteiligung auf die DDR auf, weil sie dem Prinzip der Solidargemeinschaft widerspricht,
- die Wiederherstellung des Solidarprinzips der Renten- und Krankenversicherung, den überregionalen Kassenausgleich für ganz Deutschland und für die fünf Länder der ehemaligen DDR, staatliche Zuschüsse zur Krankenversicherung,
- die Sicherung qualifizierter ambulanter medizinischer Betreuung aller BürgerInnen durch ÄrztInnen und ZahnärztInnen in kommunalen, privaten und gemeinnützigen Einrichtungen. Wir sind für gesicherte berufliche Perspektiven jedes Mitarbeiters, den Erhalt des Polikliniksystems über 1995 hinaus und dessen Übernahme als effizientes Betreuungsmodell für die ehemalige Bundesrepublik,
- die Beseitigung des akuten Pflegenotstandes in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen durch Aufstockung des Personalbestandes, attraktive Arbeitsbedingungen und durch höhere Entlohnung,
- den Erhalt und Ausbau der medizinischen und sozialen Leistungen für Mütter und Kinder sowie für ArbeitnehmerInnen in Betrieben und Einrichtungen in den Ländern der ehemaligen DDR und ihre Übernahme durch die Länder der BRD (Wochenurlaub, Babyjahr, Freistellung der Eltern zur Pflege erkrankter Kinder, Kündigungsschutz für Kranke),
- die Erweiterung des Angebots bürgernaher Sozialstationen mit Integration der Gemeindefachkräften und die Förderung von Selbsthilfegruppen für Suchtkranke, chronisch Kranke und hilfsbedürftige BürgerInnen und ihre Angehörigen,

- Eindämmung der profitorientierten unkontrollierten Ausweitung der Medikamentenproduktion und deren Vermarktung.

Wir fordern für die Länder der ehemaligen DDR ein Programm verstärkter Investitionen, um den Rückstand im Niveau der Krankenhäuser, der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie von Pflegeheimen zu beseitigen.

Die Linke Liste/PDS tritt dafür ein, daß sich Menschen mit Behinderungen in einer humanen Solidargemeinschaft voll verwirklichen können.

Dazu gehört, das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen voll zu respektieren, davon auszugehen, daß sie sich in öffentlichen Angelegenheiten selbst vertreten können. Die Linke Liste/PDS wird Menschen mit Behinderungen vordere Listenplätze zu den Wahlen einräumen.

Wir fordern:

- Erweiterung und staatliche Förderung der Möglichkeiten der „Hilfe zur Selbsthilfe“, zur Kommunikation und Integration für Menschen mit Behinderungen;
- die Lebens-, Wohn- und Arbeitsumwelt dieser BürgerInnen gilt es so zu gestalten, daß Belastungen gemindert, Eigenaktivität und Integration gefördert werden;
- Durchsetzung des gesetzlich garantierten Kündigungsschutzes.

Vorschläge der Linken Liste/PDS zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen

Die Kosten des Anschlusses dürfen nicht den Lohnabhängigen und sozial Schwachen in beiden Teilen Deutschlands aufgebürdet werden.

Die BürgerInnen der DDR haben Anspruch auf Lastenausgleich für die von ihnen in den 40er und 50er Jahren geleisteten Reparationen für Gesamtdeutschland.

Das bundesdeutsche Kapital ist der eigentliche Profiteur der Vereinnahmung der DDR. Daraus gezogene Spekulationsgewinne müssen abgeschöpft, Steuermehreinnahmen der BRD durch steigende Konjunktur umverteilt werden.

Die Erlöse aus der Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe gehören der DDR und ihren BürgerInnen. Sie müssen für die Sanierung und Strukturanpassung der Wirtschaft der Länder der DDR und für die Vermögensbildung ihrer BürgerInnen verwendet werden.

Wir schlagen die Aufnahme einer steuerbegünstigten langfristigen Anleihe mit niedrigem Zinssatz vor, die für die Finanzierung der notwendigen Programme eingesetzt wird. Eine auf 5 Jahre begrenzte Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen in Höhe von 10 Prozent der Einkommenssteuern sollte zielgerichtet für die Beschäftigungsförderung genutzt werden. Wir sind für die Besteuerung aller Zinseinkommen durch EG-weite Einführung einer Quellensteuer mit entsprechenden Kontrollmeldungen der Banken an die Finanzämter.

Ab 1991 müssen die Länder der bisherigen DDR in den Finanzausgleich der Länder einbezogen werden, wobei neben der Einwohnerzahl auch die Höhe des Steueraufkommens und die Arbeitslosenquote zu berücksichtigen sind.

Notwendig ist eine Steuerreform zur Stärkung der Länder und der Kommunen und zur sozialen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der unteren Einkommensschichten sowie die Vereinfachung des Steuerrechts.

Für eine demokratische Entwicklung in Bildung, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Sport. Gegen die Monopolisierung der Medien

Die Folgen der Anschließpolitik der Regierenden in beiden deutschen Staaten sind im Bereich von Kunst und Kultur bereits besonders deutlich zu spüren. Heute ist in der DDR eine über mehr als 40 Jahre gewachsene Kulturlandschaft bedroht. Den eigenständigen demokratischen Ansätzen seit dem November 1989 zum Trotz soll der DDR die Kulturgesetzgebung und -struktur der BRD einfach übergestülpt werden. Kein Staat, kein Volk kann seine eigene Geschichte auslöschen. Ebenso wenig wird es gelingen, Jahrzehnte unterschiedlicher kultureller und sozialer Entwicklung vergessen zu machen. Die Linke Liste/PDS wendet sich gegen die kulturelle Kolonialisierung der DDR. Versuche der heutigen DDR-Bevölkerung, über diesen Weg die kulturelle Identität zu rauben, bezeichnen wir als das, was sie sind: von nackten Kapitalinteressen diktiertem kulturellem Vandalismus.

Wir setzen uns ein:

- für die Erhaltung aller künstlerischen und kulturellen Leistungen, die in über vier Jahrzehnten Existenz der DDR vollbracht worden sind;
- für die Einführung der Kulturhoheit der Länder auf dem Gebiet der DDR, was die Bereitstellung der materiellen und personellen Voraussetzungen für deren Ausgestaltung durch die jeweiligen Länder einschließt;
- für die Bereitstellung eines Sonderfonds zur schrittweisen Dezentralisierung der Kulturlandschaft der DDR, der den Kultusministerien der Länder der DDR zur Verfügung steht;
- für eine gesetzlich verankerte Kulturförderungspflicht des Staates, die politischen und ökonomischen Dirigismus ausschließt;
- für bezahlbare Kultur für alle;
- für die besondere Förderung von kommunalen Kulturprojekten und territorialen Kulturinitiativen, wie auch eines breiten Volkskunstschaffens;
- für die staatliche und kommunale Förderung von Kulturen nationaler Minderheiten, Unterstützung von kulturellen Aktivitäten von AusländerInnen zur Bewahrung ihrer kulturellen Werte und ihrer Identität;

- für die Ausreichung öffentlicher Mittel an Künstlerinnenverbände und deren Anerkennung als gemeinnützige Vereinigungen.

Die Linke Liste/PDS setzt sich für ein System von steuerrechtlichen und ökonomischen Maßnahmen zur sozialen Mindestsicherung aller KünstlerInnen ein. Wir meinen, daß die Ausrichtung von Kultur und Kunst nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Kriterien den Rechten der BürgerInnen auf freien Zugang zur Kultur, zu Kunstausübung und Kunstgenuß widerspricht.

Die Linke Liste/PDS wird alle Bemühungen der BürgerInnen unterstützen, sich in eigener Aktivität in gemeinsamen Projekten, in Bürgerinitiativen oder Interessengemeinschaften kulturell selbst zu verwirklichen. Kulturelle und künstlerische Selbstbetätigung gehört zur Lebensqualität, zu den sozialen Grundrechten in einer Gesellschaft, die sich selbst als human bezeichnet.

Die Linke Liste/PDS setzt sich für eine auch in der Praxis verwirklichte Presse- und Informationsfreiheit ein.

Die rasche weitgehende Übernahme der Presse der DDR durch große Medienkonzerne der BRD betrachten wir als eine Blockierung demokratischer Umgestaltungsversuche in der DDR nach dem Herbst 1989. Die zunehmende Monopolisierung in den Massenmedien, die Konzentration von immer mehr medialer Macht in wenigen großen Medienkonzernen machen Informations- und Pressefreiheit mehr zu einem passiven Recht als zu praktizierbarer Möglichkeit.

Die Linke Liste/PDS setzt sich für eine Mediengesetzgebung ein, die eine umfassende Presse- und Informationsfreiheit gewährleistet, die Rechte der Redaktionen und Belegschaften erweitert und den Zugang aller gesellschaftlichen und sozialen Gruppen zu den Medien sichert.

Die Linke Liste/PDS tritt dafür ein, daß in Deutschland der Sport für alle interessierten BürgerInnen und Bürger zugänglich ist.

Sie unterstützt alle Bemühungen um vielseitige sportliche Angebote, die den differenzierten Bedürfnissen der Menschen entsprechen, Freude, Mobilität, Gesundheit und Leistungsfähigkeit fördern.

Ihr besonderes Engagement gilt dem Breitensport, dem Kinder- und Jugendsport sowie dem Sport für Menschen mit Behinderungen. Sie tritt dafür ein, daß Bund, Länder, Kommunen und die Betriebe, die für den Sport erforderlichen materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen sichern helfen.

Bildung und Ausbildung für jeden! Die Wissenschaft soll allen zugänglich sein!

Die Linke Liste/PDS fordert die konsequente Durchsetzung eines verfassungsmäßigen Rechts auf Bildung, einschließlich Berufs-, Aus- und Weiterbildung, d.h. die Achtung vor der Würde jedes Menschen und die Chancengleichheit unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, sozialer und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, kultureller, politischer und religiöser Identität. Die umfassende Gewährleistung dieses Rechts ist von elementarer Bedeutung für die selbstbestimmte Entwicklung jedes Menschen, die Entfaltung von Individualität, Kreativität und die zukünftige Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens. Die Linke Liste/PDS ist gegen ein selektives, gegliedertes Schulwesen.

Wir treten ein für:

- die Verantwortung des Staates für die Herausbildung eines demokratischen Schul- und Bildungswesens unter Beachtung historischer Entwicklungen, Traditionen und der europäischen Einigungsprozesse;
- ein einheitliches Schul- und Bildungskonzept von den Kindereinrichtungen bis zur Erwachsenenqualifizierung, das sich in Inhalten und Formen differenziert und flexibel darstellt, Wahlmöglichkeiten auch nach Neigungen zuläßt, die heranwachsende Generation befähigt, die globalen Fragen zu lösen und Raum für Identitätsfindung und -verwirklichung gibt;
- die Integration von jungen Menschen mit Behinderungen;
- die Verpflichtung der öffentlichen Hand für die Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Kindereinrichtungen, den Übergang zu mehr Ganztagschulen sowie ein breites Freizeit- und Ferienangebot (einschließlich Erhalt der Ferienlager auf dem Gebiet der früheren DDR) bei Anerkennung der erzieherischen Verantwortung der Eltern;
- für interkulturelle Erziehung und das Recht auf eigene Sprache und Kultur;
- unentgeltliche Schul- und Bildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr, für eine demokratische Gesamtschule als staatliche Regelschule bis Klasse 10, für die unentgeltliche berufliche Erstausbildung in Verantwortung des Staates;
- die Zahlung von staatlichen Beihilfen für ältere Schüler, Anhebung der Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge;

- für den Erhalt bzw. die Verbesserung der personellen und materiellen Bedingungen an den Schulen bei gleichbleibenden bzw. verringerten Klassenstärken;
- für die Möglichkeit zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife für alle, die dies wünschen;
- Die Sicherung eines qualifizierten Ausbildungsplatzes für jeden Schulabgänger sowie anschließend einer Arbeitsstelle mit 3jähriger Beschäftigungsgarantie;
- Verbesserung des Berufsausbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetzes;
- Meinungs- und Gewissensfreiheit der Lehrenden und gegen jegliche Berufsverbote sowie für die freie Wahl der pädagogischen Mittel und Methoden;
- rechtlich fixierte demokratische Mitbestimmung der SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildenden, Eltern, PädagogInnen und Beschäftigten;
- die Finanzhoheit der Länder und Kommunen auf dem Gebiet der Bildung.

Wir wollen dazu beitragen, daß Deutschland an seine humanistischen Traditionen als Land der Wissenschaft anknüpft.

Die Linke Liste/PDS setzt sich für die Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und die Gewährleistung der Einheit von Forschung und Lehre ein. Die weitreichenden gesellschaftlichen und ökologischen Folgen von Wissenschaftsbetrieb und Forschung erfordern die demokratische Einflußnahme auf und Kontrolle von Forschungsstrategien, -vorhaben und ihre Anwendungen. Dazu gehört die Schaffung von demokratischen Institutionen unter gleichberechtigter Beteiligung der gesellschaftlichen Betroffenengruppen wie Gewerkschaften, Verbänden und anderen Interessenvertretungen.

Für unverzichtbar halten wir die Neufassung des Hochschulrahmengesetzes. Diese muß beinhalten:

- die Fixierung der politischen Verantwortung der Wissenschaft im Erziehungsauftrag und die Orientierung auf die Ideale Frieden, Humanismus, Demokratie und Universalität. In diesem Rahmen sollen die wissenschaftlichen Einrichtungen eigenverantwortlich über Lehrprogramme und Ausbildungsinhalte entscheiden können;
- die Verankerung der verfaßten StudentInnenschaft auf Länder- und Bundesebene mit allgemeinem politischen Mandat bei vollständiger Satzungs- und Finanzhoheit;

- für eine gleichberechtigte Mitbestimmung aller funktionalen Gruppen (Lehrende, Studierende, Beschäftigte) in allen Hochschulen und den hochschulpolitischen Gremien auf Länder- und Bundesebene;

- den schrittweisen Abbau des Numerus clausus;

- die Anerkennung des Studiums als Berufsanzwartszeit, so daß Absolventen, die keine Arbeit finden, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld besitzen und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Wir fordern eine Neuordnung der staatlichen Ausbildungsförderung, die vom Prinzip der Elternunabhängigkeit ausgeht und eine soziale Grundsicherung der StudentInnen nach einer einheitlichen Regelung in Deutschland gewährleistet.

Wir sind für eine aus der öffentlichen Hand finanzierte Hochschulforschung, insbesondere für die Bereiche der Grundlagenforschung.

Wir fordern strenge öffentliche Kontrolle und gegebenenfalls Verbot solcher Forschungen, die für militärische oder andere inhumane Zwecke mißbraucht werden können.

Die wissenschaftliche Ausbildungs- und Forschungskapazität der bisherigen DDR darf nicht zerstört werden. Wir sind für eine Zukunft und gegen die Zerschlagung bzw. Degradierung der bisherigen Akademien, der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in den Ländern der DDR. Ihre künftigen Strukturen dürfen nicht am Grünen Tisch entschieden, sondern müssen mit den Betroffenen paritätisch beraten werden.

Wir treten ein für die bundesweite Gleichstellung der Bildungsabschlüsse der Länder und fordern die Anerkennung aller in der DDR erworbenen bzw. bisher in der DDR anerkannten Schul-, Berufs- und Studienabschlüsse sowie der akademischen Grade in der BRD und der EG.

Wo eine Angleichung des Ausbildungsniveaus erforderlich wird, müssen postgraduale Weiterbildungskurse angeboten werden.

Keine Zukunft ohne Jugend!

Für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft

Die Schattenseiten der kapitalistischen Gesellschaft kommen am offenkundigsten im Umgang mit Minderheiten und sozial Schwachen zum Ausdruck. Perspektivlosigkeit, Verrohung, Suchtprobleme und Mißhandlungen sind keine Einzelfälle. Kinder und Jugendliche gehören zu einer gesellschaftlichen Gruppe mit schwacher Lobby. Deshalb tritt die Linke Liste/PDS konsequent für ihre Rechte ein und wird mit ihren Interessenvertretungen eng zusammenwirken.

Wir setzen uns entschieden für die Achtung und Förderung der Persönlichkeitsentwicklung junger Leute ein, für eine Kinder- und Jugendpolitik, die Kinder und Jugendliche als Partner akzeptiert und Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweg trifft.

Wir streiten für die Verwirklichung ihrer Grundrechte auf Mitbestimmung, Arbeit und Bildung, Freizeit, Erholung und Reisen, auf ein Leben in Frieden und gesunder Umwelt sowie auf Förderung ihrer Individualität.

Fortschrittliche Kinder- und Jugendpolitik muß dafür die Voraussetzung schaffen, frei von Bevormundung sein und allen Heranwachsenden — unabhängig von Geschlecht und Herkunft, Weltanschauung und sexueller Orientierung — Spielraum für die chancengleiche Entfaltung von Kreativität und selbstbestimmte Zukunftsgestaltung bieten.

Unverzichtbar sind:

- die Ratifizierung und Einhaltung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes;
- der Rechtsanspruch für Kinder auf einen Platz in Krippen, Kindergärten, Hort und anderen Einrichtungen;
- die Neufassung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Gesetzlich zu regeln sind:

- die Sicherung umfassender demokratischer Mitbestimmungs- und Teilhaberechte für Kinder und Jugendliche in allen gesellschaftlichen Bereichen, erweiterter gleichberechtigter Grundlagen für die Tätigkeit von Räten, Auszubildendenvertretungen und/oder anderen Formen der außerparlamentarischen Interessenvertretung Jugend-

licher sowie die Gewährleistung einer gesicherten Mitwirkung von stimmberechtigten Vertretern von Jugendverbänden in allen Jugendhilfeausschüssen;

- die Förderungsverpflichtung des Bundes, der Länder und Kommunen für die Absicherung selbstbestimmter Kinder- und Jugendarbeit freier Träger und den bedeutenden Ausbau der Zuwendungen für Jugend- und Studentenverbände aus dem Bundesjugendplan;

- der Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe zu einem eigenständigen Bereich der Erziehung, Bildung, Förderung und Interessenvertretung, die nicht der Familienförderung nachgeordnet wird und über Schadensbegrenzung hinausreicht. Es geht um Lebensbedingungen, die Chancengleichheit, Integration und Unterstützung auch für sozial schwache, kranke und gefährdete Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen mit Behinderungen sichern.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen treten wir ein für:

- die Entfaltung einer reichen Kinder- und Jugendkultur, die Individualität ermöglicht und Talente allseitig fördert, die Förderung und Unterstützung alternativer und selbstverwalteter Projekte der Kinder- und Jugendarbeit sowie den Ausbau vielfältiger Freizeit-, Sport- und Reisemöglichkeiten;
- die Schaffung, den Erhalt und Ausbau von Jugendmedien (z.B. DT 64, Elf 99);
- die kostenfreie medizinische Betreuung von Kindern und Jugendlichen bis zum Eintritt ins Berufsleben;
- den Schutz, Beratung und wirksame Hilfe bei Gefährdung durch Prostitution, AIDS, Drogensucht und Alkoholmißbrauch.

In und mit der Linken Liste/PDS haben junge Menschen — Mitglieder und SympathisantInnen — ein weites Betätigungsfeld für die phantasievolle und kreative Diskussion und Praktizierung neuer alternativer Gesellschaftsentwürfe und damit für eine selbstbestimmte, zukunftsorientierte Lebensgestaltung.

Mit unserer Kandidatur zum Bundestag wollen wir denen Rückhalt geben und Mut machen, die von der rigorosen Anschlußpolitik sozial, kulturell und politisch ins Abseits gedrängt werden und die sich weder das Denken noch den Mund verbieten lassen wollen. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die jeweils fortschrittlichsten demokratischen, sozialen, ökologischen Standards — egal aus welchem der bislang zwei Staaten sie kommen — als Alternative zum Abbau von Rechten in beiden Teilen Deutschlands zur Diskussion stellen. Dafür kandidieren wir zum Bundestag und dafür wollen wir uns in außerparlamentarische Bewegungen einbringen. Wir tun das auch mit der

Bereitschaft, die Rolle von politischen Parteien in gesellschaftlichen Bewegungen immer wieder von diesen Bewegungen selbstkritisch überprüfen und bestimmen zu lassen.

Die Linke Liste/PDS will unterschiedliche DDR- und BRD-Identitäten nicht verdrängen, sondern Neues daraus gewinnen. Wir wollen eine Kooperation zwischen der gewerkschaftlichen, feministischen, ökosozialistischen und antistalinistischen Linken und wissen um die Schwierigkeiten dieses Neubeginns.

Die Linke Liste/PDS vertraut darauf, daß sich immer mehr Menschen in Ost und West in den vergangenen Jahren demokratisches Wissen angeeignet und in Widerstandskämpfen Zivilcourage und Selbstbewußtsein erworben haben.

**LINKE LISTE/PDS —
FÜR EINE STARKE, LINKE OPPOSITION!**